

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— M., Einzelverkaufspr. 70.— M. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltenen Zeilen oder deren Raum 200.— Mark, auswärtige 250.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 M., für Reklamen 800.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 27.

Donnerstag, 1. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Frankreich unterbindet die Kohlenzufuhr

Schärfste Zwangsmaßnahmen. — Massenausweisungen.

Paris, 1. Februar.

Eine offizielle Ankündigung schärfter Gewaltmaßnahmen wird wahrscheinlich noch heute an Deutschland gerichtet werden, worin der Reichsregierung die bevorstehende Anwendung einer ganzen Reihe scharfer Maßnahmen, die nach der Ansicht Frankreichs wegen Deutschlands Widerpenstigkeit notwendig geworden sind, mitgeteilt wird. Es wird in dieser Ankündigung auch noch darauf hingewiesen werden, daß weitere schwerwiegende Maßnahmen vorgezogen sind, wenn Deutschland die französische Regierung dazu veranlassen würde. Weiter teilen die offiziellen Mitteilungen mit, daß zunächst eine ganze Reihe oberer Beamten aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden sollen und daß die gesamte Kohlenzufuhr nach Deutschland verhindert werden wird. Die Zollkontrolle wird übrigens erst später eingerichtet werden; wahrscheinlich wird darüber noch einige Zeit vergehen.

Ministerpräsident Poincaré hatte gestern vormittag eine längere Unterredung mit Barthou, dem Vorsitzenden der Reparationskommission und den interessantesten Ministern wegen verschiedener Fragen die Ruhrbesetzung betreffend. Der Arbeitsminister Le Troquer empfing den Vorsitzenden der Saarkommission, Mour, mit dem er sich wegen der Frage der Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter im Saargebiet unterhielt.

Paris, 31. Januar.

Die französische Regierung hat die von der hiesigen Presse angekündigte „Bewarnung“ an die deutsche Regierung erlassen. Am späten Nachmittag ist dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Verbalnote überreicht worden, in der in einer längeren Auseinandersetzung über die deutsche Obstruktionspolitik, die das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes bedroht, angekündigt wird, daß vom 1. Februar ab die Kohlen- und Koks-Azufuhr nach dem unbesetzten Deutschland eingestellt wird. Bestätigt wird diese Maßnahme mit der festgestellten allgemeinen Verfehlung Deutschlands unter Bezugnahme auf den bekannten Paragraphen 18. Die französische Regierung behält sich vor, wenn es nötig erscheint, noch weitere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Dr. L. Lübeck, 1. Februar.

Der Tragödie zweiter Teil beginnt. Was an dieser Stelle immer wieder vorausgesetzt wurde, nun trifft es ein. Poincaré hat die Fäden seiner Staatskunst so sehr versponnen und verknäuel, daß er nur noch einen einzigen großen Wirrknoten vor sich sieht und nicht mehr weiter weiß.

Zurück? Ein Poincaré zurück? Der Mann, der einst jahrelang mit dem Gedanken des Weltkrieges so unablässig gespielt hat, wie das Eichhörnchen mit dem Rad, dem heute in ganz Frankreich der Beinamen Poincaré la guerre beigelegt wird, der dem französischen Volk in Bar-le-Duc, bei Belvoir und in Chateau-Thierry Riesenerfolge seiner Politik der Säbelsaufstiege an die Wand malte? Der zurück? Niemals!

Läßt sich der Knoten seiner Politik nicht mehr entwirren, sind Anfang und Ende nicht mehr abzusehen, so soll das Schicksal ihn entzwei schneiden. Komme was kommen mag, die Sündflut über Europa, aber Poincaré wird nicht nachgeben. Jetzt steht das Ansehen, das Prestige Frankreichs auf dem Spiel. Glaubt jemand, daß Frankreich sich die Blöße einer Niederlage geben wird? Das selbe Frankreich, das dem mächtigen England die Zähne täglich und stündlich zeigt; das im Orient kalten Blutes einen Zwist mit England vom Zaune bricht, der die Reime eines neuen Weltbrandes in sich trägt?

Was will denn Frankreich? Kaiser Karl V. prägte einst, als er im Kriege mit Franz I., dem glänzendsten aller Franzosenkönige vor Ludwig XIV., lag, das humorvolle Wort: „Mein königlicher Vetter Franz und ich, wir wollen eigentlich genau daselbe, nämlich Pavia!“

In diesem Worte liegt die Tragik Europas seit der Teilung des Frankenreiches. Deutschland und Frankreich wollen immer daselbe. Bismarck hätte es von Grammont sagen können, und Wilhelm II. von Poincaré oder Delcassé, wir wollen eigentlich daselbe: nämlich die Vormacht in Europa!

Es gibt in der französischen Politik irgend ein Testament, von einem Ludwig ist es, vermutlich dem Heiligen, das Frankreich die Rolle des auserwählten Landes zuschreibt, des Herrschers Europas. Alle bekannten Staatsmänner Frankreichs waren Dolmetscher dieses Testaments.

Dem Beginn der beiden Reiche an lag der Fluch des Hasses und der Eifersucht zwischen ihnen. Karls des Großen Kaiserkrone, das Symbol des ersten Herrschers der Christenheit, ging über Lothar an die Nachfolger Ludwigs des Deutschen. Karl der Kahle aber träumte unter dem Einfluß seiner ebenso frommen wie ehrgeizigen Mutter Tag und Nacht vom römischen Kaisertitel. Dieser Traum ist der Stachel aller Franzosenkönige gewesen; er ist heute noch — unter anderem Namen — der Fluch Frankreichs. Der Kampf der beiden Nationen um die Vorherrschaft war der Ruin des europäischen Kontinents. War der Sockel für den Aufstieg Englands.

Elegisch nutzlose Betrachtungen! In diesem Kampf liegt Frankreich zurzeit oben, Deutschland unten. Und Frank-

reich will seinen Sieg ausbauen, genießen. Im Wechsel der Geschichte war das Glück keinem der beiden Kämpfer dauernd hold. Jedem Triumph folgte der Rückschlag! Das ist unsere einzige Hoffnung! Größere Hoffnung jedoch ist uns die endgültige Vonderung der Politik, die Ausschaltung des Kampfes um die alte Krone der Vormacht; das Nebeneinander statt des Gegeneinander.

Schwacher Trost in der Stunde, wo Poincaré den Degen gezückt hat, um Deutschlands Gurgel endgültig durchzuschneiden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Abwehrtaktik des passiven Widerstandes der Beamten, der Angestellten und der Arbeiter und auch der ganzen übrigen Bevölkerung den Franzosen bisher Mißerfolg über Mißerfolg bescherte. Aber Frankreich wurde dadurch nur rabiater, und jetzt steht das ganze französische Volk mit Ausnahme der Gewerkschaften, hinter seinen Generalen. Man unterschätze die Gefahr nicht!

Unsere Kohlenvorräte werden rasch erschöpft sein. Arbeitslosigkeit wird eintreten, hier, dort, überall. Die Ruhrarbeiter werden sehr bald feiern müssen. Hunger wird einziehen in die Arbeiterhütten. Wie lange wird das unbesetzte Deutschland helfen können? Die Mark wird unlöslich fallen, die Lebensmittelpreise im gleichen Tempo steigen. Wohin?

Vielleicht gibt uns der eine oder andere der bürgerlichen Politiker, die mit dem großen Wort Frankreich längst zerschmettert haben, eine Antwort auf dieses Wohin. Vielleicht macht die Landwirtschaft aus Entgegenkommen den Vorschlag einer neuen Zwangswirtschaft, damit die kommende Not von allen gemeinsam getragen wird, statt von den Arbeitern, Beamten und Angestellten allein. Vielleicht! Wir glauben allerdings nicht daran.

Eines aber wissen wir. Europa taumelt immer mehr dem Abgrund zu. Die Lage wird immer verworrener und dumpflicher. Deutschland wird als erstes Land einen Zusammenbruch ohne gleichen erleiden, wenn keine Verständigung gefunden wird. Frankreich aber wird über kurz oder lang folgen. Wenn auch nicht in demselben Maße; denn das Land zwischen Vogesen und Pyrenäen ist Agrarland hauptsächlich und außerordentlich ergiebig.

Wir sehen schwarz in schwarz! Wir rufen deshalb immer wieder nach Verständigung! Allerdings durch das Sühlschwärzen einiger Generale lassen wir uns unser Handeln nicht vorschreiben, sondern einzig und allein durch eine gerechte Auslegung des Versailler Vertrages und durch die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit.

Diese unsere Meinung lassen wir uns auch nicht antauchen durch das brombeerbillige Gerede mancher Politiker, die sich wie Kinder in Stiefel und Hut ihres Vaters wichtig vornehmen und alle Welt mit ihrer Weisheit beglücken wollen. Eine Weisheit, die sich im Stiefelboden bei Wilhelm ebenso erprobt hat, wie im „Gott-straßen-England“ und im Zermalmen Frankreichs mit den Kinnbäden. Eine Weisheit, die am Körper des deutschen Volkes die Rolle der Futurkulo spielt. Sie tritt immer zu schädlichster Zeit und an ungeliebtester Stelle auf! Und bringt den ganzen Körper in krankhafte Erregung!

Wir aber stehen frei und offen Frankreich gegenüber. Zeigen ihm die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Unsere wie seine! Wir pochen auf unser Recht zu leben — auf unser Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit. Und strecken dabei unsere Rechte aus zur Verständigung. Aus Liebe zum deutschen Volk und zur deutschen Republik!

Alles rückt von Frankreich ab!

In bemerkenswerten Ausführungen nimmt Genosse Vandervelde in unserem Brüsseler Parteiblatt, dem „Peuple“, Stellung zur Reparationsfrage. Eine Lösung sieht er nur darin, daß die deutsche Schuld ein für allemal festgelegt wird. Das sei zwar im Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 gefordert, aber die Summe von 132 Milliarden Goldmark bedeute eine Unmöglichkeit und eine Ungerechtigkeit. Niemand, auch Herr Poincaré nicht, glaube, daß Deutschland das zahlen könne. Wenn jedoch die deutsche Schuld durch ein Uebereinkommen oder einen Schiedsspruch auf eine vernünftige Ziffer, z. B. 50 Milliarden Goldmark, herabgesetzt würde, dann hätte Deutschland, allein schon aus Rücksicht auf die Befriedigung seiner besetzten Gebiete, das allergrößte Interesse an einer schnellen Abzahlung dieser Reparationsschuld. Gemäß würde dann Deutschland rasch wieder seine frühere Blüte erleben und für seine Nachbarn ein gefährlicher industrieller Konkurrent werden. Aber es gebe nur zwei Fälle: ein ruiniertes Deutschland, das nicht zahlen kann, oder ein Deutschland, das zahlen wird und dann wieder aufblüht. Ein ruiniertes Deutschland bedeutet den Ruin Europas, ein aufblühendes Deutschland bedeutet ein Gebahren all derjenigen, die mit ihm zusammenarbeiten. England wäre keine Arbeitslosigkeit los, Frankreich bekäme für seine loth-

ringischen Hütten die rheinischen Kohlen. Zwar nicht durch Beschlagnahme und Gewalt, sondern auf dem Wege des Austausches und der Bezahlung in Naturprodukten. Und daher sei, allein schon vom Standpunkt der Alliierten aus, die Ruhrpolitik nicht nur ein gefährliches Abenteuer, sondern eine empörende Verwahrheitung. Sie koste Geld, statt welches einzubringen; sie vermindere die Widerstände, statt sie zu erleichtern; sie verarmte die ganze Welt und bereichere niemand. Sie sei ebenso bedrohlich für die belgischen oder französischen Arbeiter wie für die deutschen. Daher sei es nicht nur Pflicht, sondern auch elementarste Interesse, alles daran zu setzen, diese Politik wachsender Zwietracht zu ersehen durch eine Politik der Eintracht und des Friedens.

„Requisition“ ohne Bezahlung.

Sothum, 1. Februar.

In der gesamten Stadt wird an Franzosen keinerlei Ware verkauft. Auch lehnt es die Bevölkerung ab, für die Truppen irgendwelche Dienstleistungen zu verrichten. Die französischen Soldaten sind dazu übergegangen, aus einzelnen Geschäften Waren, die sie zu erwerben wünschen, mit Gewalt zu nehmen. In einer Reihe von Fällen, bei denen die Franzosen gewaltsam Waren entnommen haben, ist eine Bezahlung nicht erfolgt. Gestern verlangten die Franzosen bei der Luag-Automobilgesellschaft die Reparatur von Kraftfahrzeugen. Die Direktion verweigerte jedoch die Ausführung der Arbeiten, worauf zwei Privatautomobile der Luag-Gesellschaft von den französischen Truppen beschlagnahmt wurden. Mit diesen entfernten sie sich sofort.

Sperrung der Essener Eisenbahndirektion.

Die leitenden Beamten der Eisenbahndirektion Essen wurden ins unbesetzte Gebiet abgeschoben und, wie üblich, auf der Landstraße ausgekehrt. Nach weiteren Oberbeamten wird gesucht. Das Direktionsgebäude ist gesperrt.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Ludwigshafen wurde der Eisenbahndirektionspräsident verhaftet. Das im Eisenbahndirektionsgebäude diensttätige Personal ließ man gestern in das Gebäude hinein, aber nicht mehr heraus; es ist also dort interniert. Das pfälzische Eisenbahnpersonal soll sich durch Unterschrift verpflichten, nur den Anordnungen eines französischen Generals Folge zu leisten, der die Pfalzbahnen „übernommen“ hat.

Rotsmangel in Lothringen.

Paris, 31. Januar.

Der „Temps“ erhält Mitteilungen aus Lothringen über den augenblicklichen Stand der dortigen Schwerindustrie. Als das Ruhrgebiet besetzt wurde, habe man genügend Koks besessen, um acht bis zehn Tage lang die Fabriken in Gang zu behalten. Jetzt sei man aber infolge des Stauens der Kokszufuhr genötigt worden, eine ganze Anzahl von Hochöfen stillzulegen. Man hoffe, in der Tschechoslowakei Koks anzukaufen, den man über Oesterreich und die Schweiz nach Lothringen befördern will. In Lothringen verfuhr man aus sozialen Gründen die Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Der Kampf gegen die Gewerkschaftsführer.

Protest der Organisationen.

Essen, 31. Januar.

Der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Pfälzische Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund erlassen folgenden Protest:

Die unterzeichneten Gewerkschaften, in denen die Organisationen der Beamten und Arbeiter aller Dienstzweige des Reiches, der Länder und der Gemeinden zusammengeschlossen sind, erheben gegen die am 29. Januar erfolgte

Verhaftung und Ausweisung der Führer der Organisationen der Postbeamten

stärksten Einspruch. Sie erklären, daß diese Maßnahme gegen das deutsche Gesetz und gegen das Völkerrecht verstößt, und daß sie in Widerspruch zu der Erklärung des Oberkommandierenden der Besatzungsarmee stehen, nach der die deutschen Gesetze in Kraft bleiben. Die gesamte Beamtenschaft und die Staatsarbeiter unterstützen nach wie vor der deutschen Regierung und den deutschen Gesetzen. Die unterzeichneten Gewerkschaften fordern, daß den bei der Post beschäftigten Beamten und Arbeitern es ermöglicht wird, alsbald den Dienst wieder aufzunehmen, und daß ausreichende Garantien geschaffen werden, daß sie ihren Dienst ungehindert und ohne persönliche Gefahr ausüben können.

Gegen den bayrischen Ausnahmezustand.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikels 48 Absatz 4, der Reichsverfassung erlassene Verordnung der bayrischen Staatsregierung vom 26. Januar 1923 sofort außer Kraft gesetzt wird.“

Dieser Antrag, der also die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fordert, hat nach der neuen Geschäftsordnung des Reichstags den Vorrang beschleunigter Verhandlung. Infolgedessen wird er schon am morgigen Freitag in Verbindung mit dem Haushaltsplan des Reichskanzlers zur Beratung gestellt werden.

Die bayrische Regierung hat bezeichnenderweise der Reichsregierung noch keine offizielle Mitteilung von der Verhängung des Ausnahmezustandes gemacht, wie die Reichsverfassung das vorschreibt.

Dollar 41000.

Eine neue Krise.

Die Orientkonferenz in Lausanne ist von neuem in ein kritisches Stadium getreten. Vor Wochenfrist etwa legten England, Frankreich und Italien der türkischen Delegation einen sehr eingehend ausgearbeiteten Plan vor, der die Lösung aller kritischen Punkte vorsah. Die Vorschläge kamen den türkischen Forderungen in weitem Maße entgegen. Es hieß, daß sie die Grenze des Entgegenkommens bezeichnen, zu dem sich die Entente der türkischen Regierung gegenüber verstehen könne. Es wurde versichert, daß sich die Alliierten keinerlei Verpflichtung hätten, von diesen Richtlinien nicht abzugehen. Noch vor dem 1. Februar sollte sich die türkische Delegation entscheiden, ob sie die Friedensvorschläge ablehne oder annehme. Neue Diskussionen sollten nicht mehr stattfinden. Wenn auch eindeutige Meldungen über die Haltung der Türkei nicht vorliegen, so deutete doch manches darauf hin, daß sich die türkische Regierung darauf vorbereitete, im letzten Augenblicke nachzugeben. Ein Friede stand in Aussicht, der der unabhängigen Türkei das Leben zu ermöglichen versprach und darüber hinaus ihr wertvolle Vorteile brachte.

Aber dieser Frieden ist es offenbar, die der französische Ministerpräsident Poincaré am meisten fürchtet. Er ließ die kommissarische Regierung wissen, daß der von den Alliierten vorgelegte Vertragsentwurf nicht das letzte Wort Frankreichs bedeute, und daß die französische Regierung selbst bei einem Abschluß der Konferenz bereit sein werde, die Verhandlungen allein fortzusetzen. Es ist bekannt, daß Frankreich durch das Abkommen von Angora den Vertrag von Secres gebrochen hatte, es ist bekannt, daß es England nach dem Zusammenbruch des griechischen Expeditionskorps in der Frage der neutralen Zone von Uschanat durch die Zurücknahme der französischen Besatzungstruppen, ein zweites Mal in den Rücken fiel. Es kann also keine Verwunderung erregen, wenn es heute nach derselben Methode verfährt. Der Grund ist durchsichtig. Die Regierung Poincaré hält England dauernd im Orient in Atem, um desto ungünstiger ihre Raubpolitik in Europa fortsetzen zu können.

Die öffentliche Meinung Englands hat längst mit Frankreich gebrochen. Die neue Antiräte-Frankreichs wird die bitteren Gefühle der Engländer steigern. Aber die englische Öffentlichkeit ist nicht die englische Regierung. Wir wissen, wie vorsichtig die englische Regierung Frankreichs behandelt. Unser Sonderberichterstatter im Ruhrgebiet hat erst kürzlich darauf hingewiesen, daß die wohlwollende Neutralität der englischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet Köln weitergeht als es die Festhaltung des obersten englischen Gerichtshofes hinsichtlich des französischen Vertragsbruchs im Ruhrgebiet erlaubt. Und so begünstigt die englische Regierung in Lausanne, Curzon, dem wieder einmal Poincaré alle Trümpfe aus der Hand schlägt, vorläufige damit, den Informationen über die Haltung Frankreichs keinen Glauben zu schenken. Das Vorgehen, wenn es den Tatsachen entspricht, läßt im schärfsten Gegensatz zu allen Vereinbarungen der Alliierten und es könnte nicht erwidern, daß Frankreich derartige Schritte unternähme, ohne vorher England davon zu unterrichten. Das ist sehr deutlich gesagt, ebenso deutlich wie der Tadel erscheint die Notbrücke, die man ins französische Lager hinüberläßt, um die Situation wieder einzurichten.

Was der Name betrifft, nimmt sich die Kompromißpolitik der englischen Regierung in der orientalischen Frage einigermaßen wunderlich aus. Das Schicksal Englands hat dem des französischen Generalvizele im Orient in den letzten Jahren einen katastrophalen Niedergang erleiden lassen. England mußte sich von einer schwachen Seite in die andere zurückziehen. Das Ziel einer Gesamtbeherrschung der kleinasiatischen Türkei ist nicht nur durch die dem Geheimrat entzogenen Auf der Gedanken der unangenehmsten Kontrolle der Darstellungen magst England nach dem Zusammenbruch des griechischen Expeditionskorps in der Frage der neutralen Zone von Uschanat die Interessen in den Ostgebieten von Mafsin auf dem Spiel stellen. Nicht in es Frankreich, das die Gegenseite legt, wieder zeigt sich, daß sich Frankreich, indem es sich zum Beherrscher Europas aufstellt, auch zum Beherrscher des nahen Ostens macht. Wie bekannt hat England auf dieses herabgeworfene Frankreich und was nicht der Dummheit zu weichen, den Frankreich von langer Hand hat. Im Orient drückt sich ein neues Unbehagen heraus, von dem auch England nicht unberührt bleibt. Wie England den Weg ins Freie finden? Noch heute wird man nicht sagen können, weil er diesen Weg nicht gefunden hat. Man kann nicht sagen, daß kein Nachfolger wieder ein solches Heilmittel für die Wunden gefunden hat, die Frankreich England im Orient schlägt.

Die Kriegsdrohung.

London, 31. Januar.

Das Nachrichtenamt meldet: In Konstantinopel wird nicht ohne Grund behauptet, daß die Gefahr des völligen Bruchs in Lausanne ein Risiko sein dürfte. Die Kommissarische organisierten ihre Truppen im Hinblick auf einen eventuellen Abbruch. In der Gegend von Konstantinopel stehen ungefähr 30.000 Soldaten unter den Waffen, in Thrakien befinden sich 30.000 Mann.

Die britische Truppenmacht ist in absehbarer Verfassung und wird unterstützt von der ganzen Mittelmeer- und einem Teil der ostindischen Flotte. Auch wenn der Bruch nicht sofort zu Feindseligkeiten führen würde, wird es doch nicht möglich sein, den gegenwärtigen Zustand in Konstantinopel ein absehbares Zeit fortzusetzen zu lassen. Die jüngst erzielte Versetzung britischer Soldaten zeigt die Gefahr der Lage. Wenn die deutschen Soldaten abziehen, so wird es doch zu einem Bruch kommen in der einen oder der anderen Richtung.

Reichstag.

21. Sitzung.

Reichstag, den 31. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr.

Auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Meißner (D.P.) über die Höhe der im letzten Gesetzgebungsperiode zur Erhöhung einer Reichlichen Körperschaft des Reiches von dem Reichstag Dr. Meißner erklärt, daß keine hohen finanziellen Pläne mit aller Wahrscheinlichkeit verbunden sind und daß das in dieser Richtung Geschehene nicht zu erwarten ist.

Auf die Tagesordnung steht der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingehende Antrag über die durch die Schließung des Reichstages bewirkte Schließung von Schulen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und Schließung des Reichstages ist in der Tat eine Tatsache, die sich nicht nur auf die Schulen, sondern auch auf die Universitäten und die anderen öffentlichen Einrichtungen auswirkt. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden.

Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden. Der Reichstag wird am 1. Februar 1923 wieder eröffnet werden.

loser Weise beschlagnahm. Ebenso unerhört sind die maßlosen Ansprüche der Truppen auf anderen Gebieten. In Duisburg werden z. B. pro Tag 3 Liter Milch für die Angehörigen der Besatzungstruppen gefordert, während für die Deutschen nur 1 Liter vorhanden sind. Wir fordern alle ausländischen Sperder, die der Kultur des deutschen Kindes zur Hilfe kommen wollen, auf, gegen diese kulturelle Verklammerung des deutschen Kindes jederlichen Einspruch zu erheben.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag vom gesamten Hause einstimmig angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Kleinrentner-Fürsorge. Der Ausschuss hat nicht nur die Kleinrentner, sondern auch diejenigen, die ihnen gleichgestellt sind, dem Gesetz unterworfen und den Kreis dieser Fürsorgeempfänger genau umschrieben. Es sollen darunter fallen alle die in Not Geratenen, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, die wissenschaftliche, künstlerische oder gemeinnützige Arbeit verrichten und jene, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht mehr arbeiten können. Die Vorlage sah eine Erstattung der Kosten des Gesetzes an die Gemeinden in Höhe von 80 Proz. durch das Reich vor. Der Ausschuss schlägt eine Erhöhung der Erstattung auf 90 Proz.

Ministerdirektor Schliechen bittet im Namen des Reichsfinanzministers, es bei 80 Proz. der Erstattung zu lassen, da es aus den verschiedenen Gesichtspunkten nicht erträglich sei, den Beitrag der Gemeinden für die Kleinrentner-Fürsorge nur mit 10 Proz. zu bemessen.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Trotz aller Bemühungen der Parteien ist es nicht gelungen, den § 12 so zu fassen, daß er unserer Anschauung entspricht. Der Kreis der berechtigten Fürsorgeempfänger muß noch weiter gefaßt werden. Wir werden die weitergehenden Anträge der Kommunisten unterstützen und selbst beantragen, daß alle „ohne eigene Schuld“ in Not geratene Personen im Sinne dieses Gesetzes fürsorgeberechtigt sein sollen.

Nach Zustimmungserklärungen der Abg. Oberforchren (D.P.) und Frau Mah (D.P.) erklärt Abg. Dr. Kull (Dem.) Die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten stehen weit über das Ziel hinaus, oder sind überflüssig oder gar undurchführbar. In der Frage, ob die Gemeinden 10 oder 20 Proz. der Kosten beitragen sollen, werden wir das Gesetz nicht scheitern lassen.

Nach kurzer Bemerkung der Abg. Schwarzer (Soz.) und Walzahn (Komm.) wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung mit der Änderung verabschiedet, daß das Reich 80 Proz. der Kosten an die Gemeinden zurückerstattet.

Nach beträchtlicher Erörterung der zweiten Lesung des Jugendgerichtsgesetzes wird der Gesetzentwurf über Berücksichtigung der Geldentwertung in der Steuererhebung dem Steuerauschuß überwiesen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.

Der kommunistische Parteitag.

Auf der gestrigen Tagung des kommunistischen Parteitages wurde die Nachricht von dem Sturz der sächsischen Regierung mit „stürmischem Beifall“ aufgenommen. Unter stürmischen Kundgebungen der Delegierten wurde die Forderung aufgestellt, ein Betriebsrätekongreß solle über die Bildung einer Arbeiterregierung entscheiden. Der Vorsitzende bemerkte dazu, das Ereignis gebe Veranlassung, ein Hoch auf die sächsische Arbeiterkraft, auf die Revolution in Deutschland und auf die Weltrevolution auszubringen. Die Delegierten stimmten stürmisch in das Hoch ein und sangen die Internationale.

In der Diskussion über den Bericht der Zentrale betont ein Redner:

„Die Aufgabe des Tages ist für die KPD, zunächst die Zerlegung der SPD. Die SPD, die sich vor den Massen durch die Ruhrzustände z. B. wiederum als Wortführerin des Nationalismus entlarvt hat, die den Ausschub der Arbeiter und die in der Betriebsrätebewegung dem revolutionären Proletariat in den Rücken fällt, kann jetzt sehr gut von diskreditiert werden.“

Diese beiden Ausführungen des Parteitages beweisen zur Genüge, daß die kommunistische Partei heute noch daselbe ist, was sie früher war. Voller Konfusionen und Illusionen ist ihre ganze politische Einstellung immer nur noch auf den Generalfriede, den auch Jünger in jedem zweiten Satz fordert, auf die „Aktion“ politisch eingestellt. Sie können ohne eine Aktion nicht leben. Da sie gegen die Konzeption keine Aktion zustande bringen, so begnügen sie sich zunächst mit den Aktionen gegen die Sozialdemokratie. Den Sturz der sächsischen Arbeiterregierung begrüßen sie wie das Bürgerium mit Jubel, trotzdem sie genau wissen, daß die Redensart von einem Betriebsrätekongreß, der jetzt eine Arbeiterregierung zu bilden habe, im besten Falle kindische Phantasereien und im schlimmsten Falle bewußte Provokationen sind.

Die KPD, die von Diskussionsrednern als die einzige Partei gepriesen wird, die einen Ausweg zeigen kann, die „den gärenden juchenden Massen gegenüber als geschlossene einheitliche Partei“ dastehen, ist in Wahrheit so wenig geschlossen, daß sie ihre wirklichen Differenzen in der Dunkelkammer einer geschlossenen Tagung erledigen muß, so daß auf dem öffentlichen Parteitag nur noch ein Nachklang der außerordentlich scharfen Gegensätze zum Ausdruck kommt. Von den Sprechern der linken Opposition wird immer wieder der Partei Ratgehal an „Aktivität“ vorgebracht. Sie hat anlässlich des Rathenau-Mordes nicht den Generalfriede durchgesetzt. Sie hat es bei der Ruhrbesetzung zu keiner „Aktion“ gebracht, sie hat immer wieder mit den anderen Parteien, der SPD und USF, „verhandelt“, sie hat nach einer „Koalition mit der SPD“ geschickt. Stürmisch wird, als Stolzgebungs-Erbe in Verteidigung der Zentrale die Opposition angegriffen. Schließlich aber werden die verschiedenen spaltenlangen Resolutionen zur politischen Situation einer Redaktionskommission zum Ausgleich übertragen.

In einer Reihe von Abstimmungen wird u. a. ein Antrag Berlin-Brandenburg, wonach jedes Mitglied der kommunistischen Partei aus der Religionsgemeinschaft auszureißen habe, mit 120 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag, wonach nur solche Mitglieder wichtige Parteifunktionen bekleiden können, die zehn Jahre in der Arbeiterbewegung tätig sind, wird zurückgeschickt. Durch keine Annahme würden fast alle Reichspartei der Stufen gezwungen sein, ihre Funktionen niederzulegen. Im Schlußwort stellt Meyer als Referent fest, daß die Diskussion nichts Wesentliches gebracht habe. Die entscheidenden Abstimmungen finden statt, wenn die Arbeit der Redaktionskommission beendet ist.

Der Kommunistenstreik von Dresden.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags wird uns zu dem neuesten Kommunistenstreik geschrieben:

Die Kommunisten haben am Dienstag wieder einmal gezeigt, daß sie nichts anderes sind, als der Vorläufer der Reaktion; manchmal gewinnt es sogar den Anschein, als ob gewisse kommunistische Kreise in der Demut von Gruppen händeln, die kein Interesse an dem Wiederaufbau des Staatswesens im Sinne der Demokratie haben.

Es tut uns in dem Zusammenhang, nachdem sie im Besonderen alles Mögliche und Unmöglichste versprochen hatten. Im Land-

tag selbst erklärten sie, daß sie nicht gekommen seien, um positive Mitarbeit zu leisten. Als sie einige Monate die Arbeit gesehen hatten, entschloß sich ihrem damaligen Fraktionsredner das Geständnis, daß die Arbeit wirklich nicht leicht sei. Doch dies Geständnis hielt nicht lange vor. Götz Weimer, der sich vernünftige Anwendung hatte, wurde ausgeschickt und die kommunistische Fraktion begann ihr verderbliches Treiben. Wo sie nur konnten, griffen die Kommunisten nicht etwa die Reaktion, sondern die sozialistische Regierung, die sie selbst erst mit ermöglicht hatten, auf das heftigste an. Die kommunistische Mithilfe hat es erst den bürgerlichen Parteien ermöglicht, den vor. Landtag nach Hause zu schicken und damit die Tätigkeit der sozialistischen Regierung auf Wochen lahmzulegen. Wichtige Gesetze sind damals unerledigt geblieben, deren Durchführung von unerschöpflicher Bedeutung für die Festigung des neuen Staatswesens gewesen wären. Wir erinnern dabei nur an das Gesetz über die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik und an die Gemeindereform.

Der Ausgang der Wahl brachte eine Linksmehrheit. Die Kommunisten gewannen sogar einen Sitz mehr, nicht etwa durch die Durchschlagskraft ihrer Argumente und ihrer bisherigen Arbeit, sondern dank der unglücklichen Verhältnisse, die zu einem wesentlichen Teile der Ausfall des Friedensvertrages sind.

Die Sozialdemokratische Partei vertrat selbstverständlich wieder den Standpunkt, daß in Sachen nur eine sozialistische Regierung in Frage kommen könne. Da wir allein die Mehrheit leider nicht erreicht hatten, verhandelten wir mit den Kommunisten, denen es sehr unangenehm war, daß sie es nur mit einer Sozialdemokratischen Partei zu tun hatten. Jene Verhandlungen verliefen bekanntlich ergebnislos. Trotzdem kam die sozialistische Regierung zustande, denn die Kommunisten stimmten im Landtag für den Ministerpräsidenten Bus, aber sie wollen und können nichts lernen. Wüste Angriffe, Beschuldigungen und Beschwörungen, das war eigentlich der Tenor aller kommunistischen Reden, die wir im neuen Landtag gehört haben. In keiner Phase der ernste Wille tatkräftiger Mitarbeit im Sinne der neuen Zeit, ganz wahllos stellten sie Forderungen im Forderung auf, ohne je daran zu denken, ob die Durchführung möglich ist oder nicht.

Jedenfalls wollten die Kommunisten für ihren Parteitag in Leipzig einen dramatischen Auftakt schaffen und die kleinen Geister glauben dabei zweifellos, daß sie bei den Oberen der kommunistischen Zentrale eine gute Note bekommen würden. Daraus ist ja schließlich auch der Antrag, dem Minister des Innern Lipinski ein Mißtrauensvotum zu erteilen, entstanden. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sollten ihnen helfen, ihren Parteitarren wieder flott zu machen. Den Vorwand dazu hat eine Wulle-Versammlung in Leipzig, für deren Verbot der Minister nicht gesorgt hat, weil dazu keine rechtliche Handhabe vorlag.

Diese an sich wenig weltbewegende Wulle-Versammlung gab den Kommunisten Anlaß für ein Vorgehen, mit dem das sächsische Volk ungemein geschädigt wird, denn die Folge ist nichts anderes, als daß die Arbeit der Regierung und des Landtages wieder ganz unnötig unterbrochen wird. Es geht wieder eine Menge Zeit verloren, und den Schaben davon haben nicht zum wenigsten die schaffenden Kreise der Bevölkerung. Den reaktionären Parteien kann es nur lieb sein, wenn ihnen die Kommunisten immer wieder dazu verhelfen, wichtige gesetzgeberische Aktionen hinauszuschleppen. Die Kommunisten zeigen sich immer deutlicher als die Zutreiber für die antirepublikanischen Tendenzen. Deshalb gehören sie in eine Linie mit den stillen und öffentlichen Feindfeinden. Sie müssen von den Arbeitern mit derselben Energie bekämpft werden, wie jene Kreise um Hitler und Wulle.

Erhöhung der Notstandsunterstützung.

SPD. Angesichts der katastrophalen Geldentwertung hat die Reichsregierung dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik eine neue Verordnung über die Erhöhung der Unterstützungsätze auf Grund des Notstandsgesetzes vom 7. Dezember 1921 zugehen lassen. Danach werden erhöht: die Alters- und Invalidenrente von 43.200 auf 60.000 Mk., die Witwenrente von 34.200 auf 48.000 Mk. und die Waisenrente von 19.200 auf 27.000 Mk. Diese Sätze wurden im Ausschuss allgemein als völlig ungenügend bezeichnet. Unsere Genossen beantragten die Verdreifachung derselben. Beschlossen wurde, ab 1. Januar 1923 folgende Unterstützungsätze zu zahlen: Für eine Invalidenrente 120.000 Mk., für eine Witwenrente 108.000 Mk. und für eine Waisenrente 60.000 Mk. Die Sätze erhöhen sich für jedes Kind einheitlich ohne Rücksicht auf die Kinderzahl um 15.000 Mk. Die Preterenz für das Arbeitsbeschäftigten ist auf 120.000 Mk. und die für Bezüge aus öffentlichen Kassen oder privaten Pensionskassen auf 36.000 Mk. erhöht worden. — Wenn diese Sätze auch weit über die von der Regierung vorgesehene hinausgehen, so sind sie doch arge Feinde der fürchtbaren Geldentwertung noch keineswegs ausreichend. Die Regierung wird schon in kürzester Zeit ein weiteres tun müssen und die Sozialdemokratie wird dazu beitragen, die unbeschreibliche Notlage weitester Volksteile nach Möglichkeit zu lindern.

Dem Ausschuss liegt ferner ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung und ein anderer über Hilfestellung für Kapitalrentner vor. Die Beratungen über diesen letzten Entwurf werden in den nächsten Tagen beendet werden. Der Ausschuss will die Vorlage so gestalten, daß sie möglichst alle die Volksteile erfasst, die bisher von jeder gesetzlichen Versorgung ausgeschlossen waren.

Schweres Grubenunglück in Deuthen.

Deuthen, 31. Januar.

Auf der Heinißgrube ereignete sich heute ein Grubenunglück von seltener Größe. Der gesamte Betrieb ist stillgelegt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, erstreckt sich die Unglücksstätte vom Gott-gebe-Glück-Schacht bis zum Römheldschacht auf 540, 620 und 660 Meter Sohle. Die gesamte dort arbeitende Belegschaft von etwa 800 Mann ist in Mitleidenschaft gezogen. Die Rettungsmannschaften des Werkes und fast aller umliegenden Gruben haben, mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet, die Rettungsarbeiten aufgenommen.

Bei der Katastrophe handelt es sich um eine Kohlenstaubexplosion.

Da das Brandfeld bereits frei ist von Kohlenoxyd, nehmen die Bergarbeiter ihren Fortgang. Bis nachmittags 3 Uhr waren 150 Bergleute zutage gebracht. Die Zahl der toten und verletzten Bergleute läßt sich noch nicht bestimmen. Bisher sind 35 Tote geborgen.

Bis 6 Uhr abends wurden von den eingefahrenen 800 Mann der Frühlicht etwa 200 Mann geborgen. Es befinden sich also noch 600 Mann unter Tage. Bis heute abend mußten 80 Bergleute, die an Kohlenoxydgasvergiftung erkrankt waren, dem Lazarett zugeführt werden. Da als die eigentliche Unglücksstätte der Römheldschacht auf 450 Meter Sohle bei Brakenham anzugehen ist, wird befürchtet, daß der größte Teil der zu Tode gekommenen Bergleute dort gesucht werden muß.

Frankreichs Gewerkschaften.

Zu ihrem Pariser Kongress.

Heute tritt in Paris der 17. Kongress des französischen Gewerkschaftsbundes zusammen. In dieser frühen Zeit, die der französische Imperialismus über das deutsche Volk und über die ganze Welt gebracht hat, ist der französische Gewerkschaftsbund Hoffnung und Unterpfand einer besseren Zukunft. Der französische Gewerkschaftsbund hat sich nicht begnügt, einer vernünftigen Reparationspolitik stets das Wort zu reden, er hat sich auch politisch für sie eingesetzt. Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs ist in Wirklichkeit eine Gründung des französischen Gewerkschaftsbundes. Wenn der Vertrag dieses Komitees mit dem Verbands sozialer Betriebe nicht zur Ausführung kam, dann trifft die volle Schuld dafür die französische Schwerindustrie, die, hinter dem nationalen Block verhängt, Militär in das Ruhrgebiet geschickt hat, um billigen Koks und billige Kohlen zu bekommen. Der französische Gewerkschaftsbund hat diesen kriegerischen Raubzug als eine Schmach gebremst und er hat zugleich in ganz Frankreich, vor allem aber in den zerstörten Gebieten selbst, Protestversammlungen einberufen, um die verbrecherische Dummheit der poincaristischen Politik aufzuzeigen.

Vorläufig triumphiert allerdings Poincaré. Der französische Gewerkschaftsbund, der nach dem Kriege in Frankreich eine Macht war, mit der auch der nationale Block rechnen mußte, ist heute fast auf seinen Vorkriegsstand zurückgeworfen. Diese Schwächung der Arbeitskraft und der Völkerverständigung ist das ausschlaggebende Werk der Kommunisten.

Berechnet man die Mitgliederzahl der französischen Gewerkschaften nach den an den Gewerkschaftsbund abgeführten Beiträgen, dann betrug sie im ersten Halbjahr 1914 durchschnittlich 364 644. Der Krieg hat die französischen Gewerkschaften mehr als die Gewerkschaften der anderen am Kriege beteiligten Länder in Mitleidenhaft gezogen. Erst im Jahre 1917 begann wieder ein neuer Aufstieg. Mit der Durchführung der Demobilisierung, die in Frankreich erst im Jahre 1919 beendet war, vollzog sich dieser Aufstieg sprunghaft. Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen waren es in erster Linie die allgemeinen psychologischen Momente, geschaffen durch den Krieg und die politischen Umwälzungen, die er im Gefolge hatte, die diesen ungeheuren und beispiellosen Aufschwung der französischen Gewerkschaften erzeugten. Im zweiten Halbjahr 1919 war die Mitgliederzahl auf 1 361 000 gestiegen; im ersten Halbjahr 1920 betrug sie im Durchschnitt rund zwei Millionen. Von diesem Zeitpunkt beginnt eine rasche Abnahme. Verursacht wurde er durch die inneren Kämpfe. Diese von Moskau dirigierten Kämpfe gehen bis auf das Jahr 1918 zurück. In der sozialistischen Partei und in den Gewerkschaften Frankreichs begann ein Kesselreiben, wie wir es in Deutschland erlebt haben und noch erleben. Es war den Kommunisten gelungen, sich der Leitung des französischen Eisenbahnerverbandes zu bemächtigen. Die Folge war der Eisenbahnerstreik im Mai 1920, zu dessen Unterstützung ein allgemeiner Generalstreik einsetzte. Der Streik ging verloren. Es begann eine reaktionäre Hege gegen die Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbund wurde gerichtlich „aufgelöst“. Gleichzeitig wurde der Kampf der Moskowiter zur Sprengung der Gewerkschaften mit verdoppelter Wucht fortgesetzt.

Wochenlang 1920 erfolgte die Spaltung der Partei. Genau ein Jahr darauf, im Januar 1922, waren auch die Gewerkschaften gespalten. Die Folgen dieses selbstmörderischen Kampfes spiegeln sich deutlich in den Mitgliederzahlen wieder. Vom 1. Juni 1920 bis zum 31. Mai 1921 betrug die Mitgliederzahl durchschnittlich etwas über 900 000. Die Gewerkschaften hatten also mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt. Die Mitgliederzahl sank im Durchschnitt der letzten sieben Monate des Jahres 1921 auf 536 000. Dann kam die Spaltung. Die Kommunisten hielten die Gewerkschaften für so weit geschwächt, um die Spaltung zu riskieren. Aber nur ein kleiner Teil der Mitglieder folgte ihnen. Die kommunistische Gewerkschaftszentrale dürfte höchstens 100 000 Mitglieder haben. Ein Teil der Mitglieder wurde indifferent. Mit vieler Mühe mußten die meisten Gewerkschaften wieder aufgebaut werden. Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1922 hatte der französische Gewerkschaftsbund wieder 403 000 Mitglieder. Von den kommunistischen Zellenbauern befreit, können die französischen Gewerkschaften endlich wieder zu einem systematischen Aufbau ihrer Organisationen übergehen. Überall werden

die Beiträge erhöht, Unterstützungseinrichtungen eingeführt, die Lösung praktischer Fragen in den Vordergrund gestellt. Auch die Beziehungen zur Sozialistischen Partei sind freundschaftliche geworden. Es wird aber wohl noch einige Jahre unermüdlicher Arbeit bedürfen, um die Schäden zu heilen, die die Kommunisten angerichtet haben.

Vorläufig blüht die französische Arbeiterschaft die Zerstörung der Kommunisten mit wirtschaftlicher und politischer Machtlosigkeit. Und nicht allein die französische Arbeiterschaft. Frankreich ist heute der Kopf der internationalen Reaktion. Aber die Kräfte der Zukunft rühren sich auch dort, und einer der stärksten Träger des Friedensgedankens und der wirtschaftlichen Verständigung der Völker ist der Gewerkschaftsbund.

In Männern wie Jouhaux, Dumoulin, Marcel Laurent, Merzheim usw. verfügt er über Köpfe, die sich in einer langjährigen Erfahrung zu einer klaren Erkenntnis der Möglichkeiten und Notwendigkeiten durchgerungen haben, die begriffen haben, daß sich die Lebensbedingungen Frankreichs nicht trennen lassen von den Lebensnotwendigkeiten der übrigen Welt. Wenn die Stimme der französischen Arbeiterbewegung heute auch überhört wird mit dem wilden Geschrei von jenen Leuten, die uns die wirtschaftliche Verständigung auf der Spitze der Bajonette zu bringen vorgeben — wie die Cansulotten von 1793 uns die Freiheit zu bringen glaubten — der französische Gewerkschaftsbund ist die Zukunft. Ueber die Ruhr hinweg senden wir ihm unsere Grüße und Wünsche.

Die „blinde“ Gerechtigkeit.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtags begann am Dienstag mit der Beratung des Justizetats. Die Redner der bürgerlichen Parteien beschäftigten sich in der Hauptsache mit der formalen Seite des Etats. Genosse Hubert beklagte es als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Partei, die Rechtspflege zu überwachen. Sie stehe in diesem Kampfe zwar ziemlich allein, werde ihn aber so lange führen, bis das Vertrauen in die Rechtspflege sichergestellt sei. Als besonders charakteristische Zeitercheinung hob er die zunehmende Kriminalität hervor. 3 Prozent der Bevölkerung erscheine heute vor dem Strafgericht. Bedenklich sei besonders die Zunahme von Prozessen wegen Landfriedensbruch. Es handle sich da in der Hauptsache um Vergehen, die bei Rundgebeten für die Erhaltung der Republik begangen worden seien. Jede Missetat würde da unter Anklage gestellt, während bei viel schwereren Vergehen von rechts die Justiz immer beide Augen zudrücke. Ganz schlimm stehe es mit der Auswahl der Geschworenen (Siehe auch Lübeck!). Nur in ganz wenigen Fällen käme einmal ein Arbeiter als Geschworener auf die Liste, um dann in der Regel vom Staatsanwalt abgelehnt zu werden. Die Abneigung gegen die Laienrichter sei von den jüngsten Richtern ganz allgemein, ebenso wie die Abneigung der Richter gegen den heutigen Staat ungeschwächt fortbestehe. Aus der Fülle politischer Fehlurteile greift unser Redner einige traurige Fälle heraus: Das Landgericht in Aurich habe in einem Urteil ausgesprochen, daß die schwarz-rot-goldene Fahne öffentliches Vergehen erzeuge müsse. In Schlesien habe ein Hafenkreuzler behauptet, der heutige Staat sei durch Epikubus, Salkunten und Verbrecher geschaffen worden. Der Oberstaatsanwalt in Schweidnitz habe die Strafverfolgung abgelehnt, obwohl festgestellt, daß die beschimpfenden Äußerungen gegen die Regierung gerichtet waren. In Breslau ward ein höherer Gerichtsbeamter für die deutschvölkische Partei und verlangte von seinen Untergebenen, daß sie ein Hafenkreuz tragen. Ein Unterbeamter ließ den Herrn abfahren und teilte die antimilitarischen Behauptungen im Gerichtszimmer dem Verein zur Abwehr des Antimilitarismus mit. Die Folge war, daß der Unterbeamte wegen Bruchs des Amtsgeheimnisses freilos entlassen wurde. Gen. Hubert fragte den Justizminister, was er gegen die offenkundige Aufreizung der deutschvölkischen Presse, die sozialdemokratischen Führer zu beleidigen, zu tun gedenke und was gegen die deutschnationalen Führer Hennig, Meyer, Landwehr und Frömmling aus Osnabrück geschehen sei, die nachgewiesenermaßen den Mordern Erzbergers durch Geld und falsche Pässe über die Grenze geholfen haben. Ungehört sei das Verhalten des Schwurgerichts in Halle, das den Leutnant Hoppe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte, obwohl er während der Kapptage zwei völlig unbescholtene Arbeiter glatt

ermordet hielt! Sehr scharf kritisierte Genosse Hubert das Urteil gegen die Attentäter Hardens. Alle diese und eine große Reihe weiterer Urteile ergeben, so schloß er seine Ausführungen, unwiderleglich den Beweis, daß unsere preussische Justiz auf dem rechten Auge blind und auf dem linken Auge schwach ist.

Justizminister Am Jochhoffs und Ministerialdirektor Frihe konnten die scharf formulierten Anklagen der Sozialdemokratie, die von den Vertretern der Rechtsparteien sehr peinlich empfunden wurden, nicht entkräften. — Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Volkswirtschaft.

Marktlage und Ueberfremdungsgefahr.

Die Gegenüberstellung der Kurse von Unternehmungen des besetzten Gebietes hat ergeben, daß die Aktien der Montanwerke an der Ruhr ebenso, wenn nicht stärker, gewesen sind, als die anderen Aktien. Das ist um so auffälliger, als diese Werte mit Produktionsbeschränkungen zu rechnen haben.

Demnach haben die Meldungen, daß das Ausland sich erneut auf dem deutschen Wertpapiermarkt mit Käufen betätigt, viel Wahrscheinlichkeit für sich. Die Bewegung hat ja sogar auf den Rentenmarkt übergegriffen, wo selbst die bisher vernachlässigten deutschen Reichsanleihen phantastische Kurse erzielten. So notierten Sparprämienanleihe einmal bereits mit 800, 3proz. Reichsanleihe, die auch im Ausland gehandelt wird, zuletzt 2600, ältere Reichsanleihen über 500 und selbst 4% und 5proz. Reichsanleihen haben den Kurs von 100 überschritten. Wie wahrscheinlich ist es denn erst, daß Frankreich von der Aussicht, daß die Ruhraktion doch fehlschlagen könnte, Aktien des Montanreviers an sich bringt, um mit Hilfe des Effektenbesitzes das zu erreichen, was mit Gewalt nicht gelingen will. Das aber wäre eine ungeheure Gefahr! Wenn der Kampf um die Ruhr, in dem das ganze Volk Opfer bringt, damit enden sollte, daß Frankreich sich mit Hilfe von Aktienkäufen in den Besitz der umfangreichen deutschen Produktionsmittel setzt, so wäre das eine Enttäuschung, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Wohl ist bekannt, daß die großen Werte des Westens sich im allgemeinen gegen die Gefahr des Ausverkaufes an das Ausland gesichert haben, indem die ihnen befreundeten Banken der Welt in festen Händen haben. Immerhin zeigen gerade die großen Fusionen der letzten Jahre, daß viele Werke ganz wider Erwarten sich vor Umgruppierungen gestellt haben, die durch Aktienkäufe einzelner Bankiers oder Interessengruppen entstanden. Es ist notwendig, auf die Gefahr der Ueberfremdung hinzuweisen und zu fordern, daß die zuständigen Organe die notwendigen Abwehrmaßnahmen, sei es selbst das zeitweilige Verbot des Effektenhandels für die betroffenen Papiere oder die Ausgabe von Namensaktien, veranlassen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 1. Februar.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	31. Januar.	30. Januar.
Amsterdam	1 fl. 19276.68	15561.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs. 2543.85	2154.60
Kristiania	1 Kr. 8952.56	7182.—
Kopenhagen	1 Kr. 9251.81	7391.62
Stockholm	1 Kr. 13067.23	10473.75
Helsingfors	1 finn. Mk. 1177.50	1002.48
Rom	1 Lire 2804.32	1855.35
London	1 £ 226931.20	182043.75
New York	1 Doll. 48877.50	39650.62
Paris	1 Frs. 2877.78	2428.91
Zürich	1 Frs. 9117.15	7381.56
Madrid	1 Pesetas 7471.27	6184.50
Wien	100 Kr. 66.13	55.11
Prag	1 Kr. 1346.62	1142.13
Budapest	1 Kr. 18.05	14.88

Wolle Form und Jugendfrische

find der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 30 Gram. echte Avora-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von anlassfördernder Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 3mal täglich 2-4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengitt. 10. (12508)

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

13. Fortsetzung.

Drittens: unsere Spargel Priester dünn und schlank wie Strindmadeln; es niht nichts, daß sie pflege, begiehe, dünge; er dagegen hat die schönsten, die man sich denken kann. Freilich kommt nicht ein einziger in seine Küche, aber ich werde wenigstens den Vorzug haben, in Gesellschaft eines seiner Eier auf den Markt zu gehen, um sie zu verkaufen, ebenso wie die Trauben von seinen Spalieren und das Obst aus seinem Baumgarten. Du wirst zugeben, daß mir das eine angenehme Zerstreung bereiten wird. Bis jetzt hat Belle-Plante dieses Geschäft bejagt. Warum läßt auch der liebe Gott die Feinfrüchte nicht gleich auf den Bäumen wachsen, um ihm die Arbeit zu ersparen?

Wiertens ipeißt Belle-Plante möglichst selten zu Hause. Wenn man ihm irgendwo ein Glas Wein anbietet, so bittet er um Brot unter dem Vorwande, einen Bissen dazu zu essen und so hält er keine Maßzeit bei seinem Wirt, der nur glaubte, ihn zu einer Erziehung eingeladen zu haben. Du begreiffst, wie das mein Amt als Köchin vereinfachen wird.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, daß du dich beeilst, anzulangen. Du hast noch einen zweiten Nebenbuhler und dieser ist kein geringerer als Panüche, der glänzende Sakrifikan Panüche, der mit Unterstützung des Herrn Pfarrers um mich wirbt. Der heilige Mann hat Gründe, zu wünschen, daß ich Herrn Panüche heirate, Gründe, die ich nicht erraten will. Seit langer Zeit schon belagert er meinen Vater mit seinen Empfehlungen zugunsten des Panüche. Als Kirchenvorsteher wagt Herr Desallemaignes nicht, Nein zu sagen; da ihm aber Panüche sehr wenig gefällt, so sagt er auch nicht „Ja“. Inzwischen verliert der Herr Pfarrer den Mut nicht und macht mir an Panüchens Stelle den Hof, während dieser den Pfarrgarten umgräbt. Man muß sich doch gegenständig unterstützen. Unter dem Vorwand, mit dem Herrn Kirchenvorsteher über Angelegenheiten des Kirchenvermögens zu sprechen, kommt der Pfarrer in unser Haus zu den Stunden, wo er sicher ist, meinen Vater nicht zu treffen und erweist dann mir die Ehre, mit mir zu plaudern. Aber rate, was er mir sagt, Cornelius? Er sagt mir — ohne Zweifel im Interesse des Panüche — daß ich Gezellenaugen habe, einen Hals von Elfenbein und Hände wie eine Göttin; er ist ein Abbe Bernis in Prosa. Neulich hat er sich erlaubt, meine göttliche Hand zu küssen und ich habe ihn eheerbtlich gebeten, es nicht wieder zu tun; aber es scheint, daß es

eines bischöflichen Befehls bedarf, um ihn zu zwingen, vernünftig zu sein. Gestern, während ich über meine Arbeit gebeugt war, überraschte er mich und beschmückte mich — denn einen andern Namen kann ich keiner gemeinen Handlungsweise nicht geben — mit einem Kuß auf den Mund. Ich war so erschrocken, daß ich nicht die Geistesgegenwart hatte, ihm eine Ohrfeige zu geben. Kommt dieser Herr Bernis wieder, so ist die Ohrfeige für ihn ganz frühbade bereit, wenngleich er Pfarrer und mein Vater Kirchenvorsteher ist. Wenn er glaubt, daß es mit der Redensart abgetan ist, er habe meinen Mund für eine Rose gehalten und dem Wunsch nicht widerstehen können, ihren Duft einzuschlecken, so kauft er sich. Wenn er fortfährt, meinen Mund für eine Rose zu halten, so will ich ihm zeigen, daß der Rosenkranz Dornen hat.

Begreiffst du, Gelehrter, der du alles begreiffst, daß es Frauen gibt, die sich einem Priester hingeben. Ein Priester, Cornelius! Nichts ist trauriger als ein Priester! Ihr schwarzes Gewand wirft einen düstern Schein auf alles, was sie umgibt; sie riechen nach dem schimmlichen Staub der Kirchen; ein eisiger Hauch wie Kellerluft strömt von ihnen aus. Ihre Nähe muß genügen, um einen Blumenkranz an der Brust zum Welken zu bringen. Es gibt schöne und lebenswürdige Priester. Warum sollte es keine geben? Aber die Schönen sind nur schön wie die erste Wildblume, die auf einem Grabe steht, und das Lächeln der Lebenswürdigkeit gleicht einer Blume, die aus einem Totenschädel hervorwächst. Wahrhaftig, Cornelius, wenn dieser schwarze Mann mit Schmeicheleien sagt, machst er mir den Eindruck einer Schlange, die plötzlich frisst wie eine Raubkatze, oder einer schwarzen Kröte, die vor meinen Augen die Flügel eines Schmetterlings bekommt und ihrem Sumpf entfliehet, sich auf den Blumen niederläßt. Sieh, Cornelius, wenn ich das Unglück hätte, einen Priester zu lieben und mit ihm an einem einsamen Orte wäre, so würde ich fürchten, daß der Teufel ihn meinem Arm entziele oder daß das Feuer der Hölle sein Gewand verzehre. Ich würde immer fürchten, daß sein Kuß auf meiner Wange einen Brandfleck zurücklasse.

Und dennoch, warum sollten die Priester nicht lieben wie andere? Hat denn ein Engel ihnen während des Schlafes das Herz aus der Brust genommen und einen Stein hineingesteckt? Ist es vernünftiger, zu einem Priester zu sagen: du sollst nicht lieben! als zu einem Schneider oder Schuhmacher zu sagen: Nein, niemals werde ich glauben, daß Gott, der der Urheber alles Vernünftigen ist, ein so unvernünftiges Gebot gegeben hat. Ist denn in der Tat die Keuschheit eine Tugend? Wollte eine Tugend, die niemandem nützt, die denen, die sie ausüben, Kämpfe ohne Ende und ohne Qualen des Martyriums bereitet, und die, wenn die ganze Welt sie übt, das Ende der Welt herbeiführen würde!

Wenn es Gott angenehm ist, daß die Priester nicht heiraten, so muß es ihm unangenehm sein, daß die andern Menschen heiraten; wenn die unendliche Kette der Generationen sich nur fortpflanzen kann, indem man kein Gebot versteht, warum läßt er denn die Männer nicht auf den Zweigen der Eichen und die Frauen auf den Rosenbüschen wachsen? Worin besteht hierin alles Glück, Cornelius? In geblühten Wünschen! Eine ungestillte Sehnsucht aber würde mich ärger brennen als eine glühende Rose, die ich im Herzen trüge. Die alten Lehte der Könige, die alten Bischöfe mit Mitra und langem Bart hätten geglaubt, auf ewig zur Hölle verdammt zu sein, wenn sie nur fünf Minuten lang einen Menschen in einen Kochtopf gesteckt hätten. Und die Priester schließen sie ihr ganzes Leben lang in das Gefäß wie in einen siedenden Kessel ein.

Sie machen ihnen einen glühenden Kuß aus ihrer Tugend. Du, Cornelius, haßest die Priester, ich beklage sie. Trübsinn sind die, die sie beneiden, grausam die, die sie beleidigen. Um welchen Preis haben sie das Dach, das mit Ziegeln gedeckt zwischen den Strohdächern der Hütten raucht, gewonnen! Wie müssen die Unglücklichen leiden, wenn sie eine junge, schöne Frau am Arme ihres Gatten oder ein rosiges Kind sehen, das aus seiner Wiege seine weißen Arme nach dem Vater ausstreckt. Ihr göttlicher Meister hat nur einen Tag geurteilt, aber ihre Passion währt immer und dauert ihr ganzes Leben lang. Und für wen dulden sie? Wozu dient die glühende Dornenkrone, die man ihnen aufs Haupt setzt? Wozu Galle und Eßig, womit man sie trinkt? Wenn ihr Frühling im Saft steht, wenn die stürmische Flut der Leidenschaft in ihrem Sinnen emporschießt und siedet, zwingt man sie in den Zustand von Greisen ein. Den fahlen Fleck, den man auf ihrem Haupte macht, müssen sie in ihrem Herzen machen.

Ist es nicht schmerzhaft, Cornelius, zu denken, daß die schwarzen oder braunen Haare, die die Schere abschneidet, die abgemahlten Blüten ihres Lebens sind und daß man ihnen nur das trodene Stroh des Alters gelassen hat? Den Monat der Hebe, die junge kurze Zeit, die das ganze Leben ist, die schöne Zeit, die für andere so voll von Rosen, Duft und Sonne ist — mit welchem Rechte hat man sie für sie allein in einen düstern und schwarzen Monat voll Eis und Reif verdammt? Und du, mein Gott, du sollst es sein, der ihnen dies Leben bereitet hat? Aber warum hast du sie als Schmetterlinge geschaffen, wenn du nicht willst, daß sie zu den Rosen fliegen? Warum hast du ihnen Durst gegeben, wenn du ihren Lippen das klarste Wasser der Quellen verbotest?

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 1. Februar.

An unsere Leser!

Wie schon gestern berichtet, wurde der Preis für Zeitungsdruckpapier ungeheuer verteuert. Ein Waggon Papier kostete vor dem Kriege 2000 Mark, heute etwa 11 Millionen. Die gewaltigen Preissteigerungen auf allen Gebieten gehen natürlich auch an der Presse nicht vorüber. Wie die Existenz des einzelnen, ist auch die ihre bedroht. Ganz besonders wird die sozialdemokratische Presse hart mitgenommen. Sie kann nicht vom kapitalistischen Inseratenmarkt zehren, der die reaktionäre Presse hochhält. Wenn nun der Lübecker Volksbote etwa 1300 Mark für ein Kilo Papier zahlen muß, so ist er gezwungen, diese neue Last zum Teil wieder einzubringen. Denn mit dem Papier allein ist die Zeitung nicht bezahlbar. Deren Herstellung erfordert ungeheure Summen. Deshalb muß der Verlag des Lübecker Volksboten für die erste Hälfte des Monats Februar den Abonnementspreis auf 900 Mark festsetzen.

Wir appellieren wohl nicht vergebens an die Einsicht unserer Leser und Genossen und erwarten, daß sie ihrem Blatt nach wie vor die Treue bewahren. Sie werden die Pflicht der Papierfabrikanten und Steinsetzer, die Arbeiterpresse auf diese Weise zu erschaffen, zu verhindern machen und der reaktionären Presse das Feld nicht überlassen. Halte fest an eurem Blatt, werbet neue Leser und Freunde!

Gas 344 Mark.

Die Direktion schreibt uns: Die ungeheuren Kohlenpreissteigerungen bedingen, daß die bisherigen Preise von Gas, Wasser und Strom nicht mehr aufrecht zu halten sind. Die alten Preise beruhten noch auf den Dezemberpreisen und waren gegenüber diesen nur infolge der Frachterhöhung äußerst mäßig erhöht worden. Auf die Dauer würde ein solcher Zustand zum völligen finanziellen Zusammenbruch der Werke führen müssen. Den neuen Preisen sind nunmehr die heute gültigen Kohlenpreise einschließlich Frachtsätze für deutsche Kohlen zugrunde gelegt. Ein wahrnehmbarer Anstieg der englischen Kohlen ist noch nicht berücksichtigt. Aber schon auf dieser Grundlage müssen die Gaspreise von 155 Mk. auf 344 Mk., die Lichtstrompreise von 370 Mk. auf 912 Mk., die Kraftstrompreise von 250 Mk. auf 620 Mk. und die Wasserpreise von 91 Mk. auf 212 Mk. erhöht werden. Gegenüber anderen Städten sind auch diese Preise mäßig. Die Gaspreise sind jetzt auf das 2645fache, die Strompreise im Mittel auf das 2569fache, das Wasser um das 2120fache gegenüber Kohlenpreissteigerungen von 6500 bis 8000 je nach Sorte.

Die Eierziehungen ins Ausland.

Ein Ei kostet heute 260 Mark und mehr. Hühnerhalter und Händler rechnen nur mit runden Summen. Sie können es, weil die Eier rar sind. Können die armen Leute keine kaufen, dann werden diese hochwertigen Nahrungsmittel ins Ausland geschickt. Früher war es anders, da wurden in Deutschland Eier in Masse eingeführt. Im Jahre 1888 wurden bei einer Bevölkerung von 47 Millionen für rund 40 Millionen Goldmark Eier aus dem Auslande eingeführt. In dem darauffolgenden Jahre hatte sich bei einer Vermehrung der Bevölkerung um vier Millionen Köpfe, der Wert der Eierimporte bereits verdoppelt. Und im Jahre 1913 war bei einer Bevölkerungszahl von rund 65 Millionen die Menge der Eierimporte auf 1667510 Doppelzentner und der Wert auf rund 190 Millionen Goldmark angewachsen. Der Hauptlieferant für diese gewaltigen Mengen war Rußland; die russischen Eier galten zwar nicht als die besten, waren aber am billigsten. Rußland bediente vor dem Kriege über die Hälfte des deutschen Bedarfs an Eiern. An zweiter Stelle stand Galizien, und an dritter Stelle Bulgarien, das fast seine ganze Produktion an Deutschland abführte. In weiterem Umfange folgten

Holland, Dänemark, Rumänien, Serbien, Italien und schließlich die Türkei. Die sogenannten „frischen Trinker“ wurden zum größten Teil von der inländischen Produktion geliefert. Sie waren stets etwas teurer als die ausländischen Eier, die Konkurrenz des Auslandes bewirkte aber, daß der Preis für die frischen deutschen Eier in erträglichen Grenzen sich hielten.

Eine Einfuhr von Eiern aus dem Ausland nach Deutschland gibt es nicht mehr. Zahlreiche Länder mit unterwertiger Valuta haben überdies die Ausfuhr von Eiern im Interesse der einheimischen Versorgung verboten und führen dieses Verbot mit großer Strenge durch. So werden in Rumänien die Vorräte eines Händlers, der Eier ausführt, kurzerhand eingezogen. Ebenso ist die Ausfuhr von Eiern aus Polen, Litauen und Ungarn gesperrt. Die überschüssige Eierproduktion in den anderen Ländern wird zum größten Teile von England aufgenommen, das jetzt den internationalen Eiermarkt beherrscht.

Man sollte nun meinen, so schreibt das „Berl. Tageblatt“, daß unter diesen Umständen alles aufgegeben werden müßte, die inländische Produktion ganz dem eigenen Volke zu erhalten. Die Wirklichkeit scheint aber von dieser Forderung weit entfernt zu sein. Die Befürchtung ist leider gerechtfertigt, daß die diesjährige Kampagne eine Wiederholung der vorjährigen Verhältnisse bringen wird, falls nicht einschneidende Maßnahmen zur Verhinderung getroffen werden. Nach Ausweisen des Statistischen Amtes führte Deutschland vom 1. Januar bis 1. Oktober 1922 9492000 Stück Eier mit einem Wert von 88286000 Mark aus. Von diesen ausgeführten Eiern kamen 304000 nach Helgoland, 460000 auf „fremde Schiffe“, 94000 in das „übrige Ausland“ und 8634000 ins Saargebiet. Das Saargebiet ist nun allerdings deutsches Land und hat ein Anrecht darauf, von dem übrigen Deutschland versorgt zu werden. Die Vermutung liegt aber sehr nahe, daß diese erheblichen Eiermengen über das Saargebiet an hochvalutarische Länder unter großem Nutzen weiterverkauft worden sind.

Diese Vermutung verstärkt sich, wenn man den Schmuggel berücksichtigt, der an der holländischen, belgischen und der tschechoslowakischen Grenze mit deutschen Eiern im vorigen Jahre getrieben worden ist und dem die Behörden angeblich machtlos gegenüberstanden. Durch den Schmuggel wurden Deutschland riesige Mengen entzogen, die über jene ins Saargebiet auszuführenden Quantitäten sicherlich weit hinausgehen. Von der Wucherabwehrstelle des Nachener Polizeipräsidiums ist festgestellt worden, daß Schmuggler bis aus Stuttgart und — Spandau gekommen waren. Holländische Geschäftsleute haben darüber geklagt, daß sie mit deutschen Eiern überflutet würden und diese nicht mehr unterzubringen wüßten. Bei dem Herzogenthrath gegenüberliegenden holländischen Zollamt Bienenheide wurden täglich durchschnittlich 20000 Eier verzollt, die von Deutschland kamen. Mit Hilfe dieser Zahl kann man sich einen Begriff machen, wie groß die Ziffer der geschmuggelten Eier war! Ebenso fand der Eier Schmuggel an der tschechoslowakischen Grenze in vollster Blüte. Auf dem Wege Hainsbath—Wernsdorf—Rumburg sind Eier in derartigen Mengen auf die Märkte von Wlissing, Tepitz, Schönau, Wlitz usw. gekommen, daß die Produktion der Tschechoslowakei geradezu erdrückt wurde. Nach einer schätzmäßigen Schätzung sind allein in jenen Gegenden wöchentlich etwa 100000 Stück deutscher Eier verkauft worden. Nach Äußerungen dieser Leute wurde die Ware in Etappen von Dresden und sogar von Berlin an die Grenze gebracht.

Die deutsche Bevölkerung leidet bekanntlich an Nahrungsmitteln ungeheure Not und kann sich diese im Auslande nicht mehr kaufen. Aber das sieht die Lumpen und Schieber, die Patriotenmänner wenig an. Sie schimpfen auf die Republik und füllen sich die Taschen. Nach uns die Straflust!

Ueber das Lübecker Kleingartenwesen

erhalten wir zwei Artikel, die wir auszugswegsweise wiedergeben. U. a. schreibt der Verein Lübecker Kleingärtner zu den vor einiger Zeit gebrachten Mitteilungen der Finanzbehörde: Niemals ist vereinsseitig bestritten worden, daß Lübeck bereits viele Kleingärten ausgelegt hat. Das vorhandene Bedürfnis fordert aber deren mehr. Die Finanzbehörde hat den Verein

durch ihr Verhalten gezwungen, an der öffentlichen Verpachtung teilzunehmen. Sie brauchte nur vorher Kleingärten zur Verfügung zu stellen; aber sie wollte den Verein als Mitbietenden, um höhere Pachten zu erzielen. Wie soll ein Arbeiter oder Angestellter außer für Saat und Düng noch 11—12000 Mark Jahrespacht für eine 20-Ruten-Parzelle aufbringen und dann noch von Nutzen haben können? Der Verein hat daher Pachtminderung und Vormerkbefriedigung beantragt, was abgelehnt wurde. Anlaß, gegen eine Verpachtung von Kleingärten nach Naturalien-Pachtpreisberechnung Verwahrung einzulegen, hat nicht gegeben die öffentliche Verpachtung, sondern die im November v. J. geordnete Pacht von 60 Wd. Roggen für 10 Mr der Lannenoppel auf dem Torneg, St. Gertrud. Erst einem energischen Hinweis des Vereins gelang es, eine Minderung in Geldpacht zu erreichen. Schließlich wurde immer wieder gebeten, im Herbst, und nicht erst im Spätherbst die Kleingärten zu vergeben zur zeitigeren und besseren Bearbeitung des Bodens und zur billigeren Beschaffung des Saatgutes und der Gerätschaften.

Um die Ziffer 4 der Richtlinie zur Kleingarten-Ordnung besser erfassen zu können, ist im Kommentar gesagt, daß eine Höchstgrenze festgelegt werden kann, z. B. 1000 Quadratmeter, je nach den örtlichen Verhältnissen. Lübeck hat in dieser Art gut verfahren, möge es es weiterhin tun; schließlich ist dies nicht zum Schaden der Stadtverwaltung. — Der Verein wird an die bei ihm notierten Reflektanten, zunächst nur an solche, die noch kein Land haben, 20 Ruten abgeben und späterhin im Sinne der Kleingarten-Ordnung, dem seine Satzung angepaßt ist, handeln.

Die Finanzbehörde kann unter den Sachverständigen zur Mitwirkung bei Kleingartenangelegenheiten (Pachtfestsetzung) wählen, im Sinne der Kleingartenordnung handelt sie aber nur, wenn sie Kleingärtner hinzuzieht. In der Errichtung eines Kleingartenchiedsgerichts muß der Verein festhalten. Die Finanzbehörde urteilt, ohne vorherige Vernehmung der Gegenpartei. Alle bisher hervorgerufenen Mängel würden mit der Errichtung des Kleingartenchiedsgerichts in Fortfall kommen.

Der Verein der Gemüsegärtner, der Kleingärtner, Jäger- und Züchterverein und Gem. Siedlungsgenossenschaft schreibt u. a.: Daß der Lübeckische Staat die berechtigten Ansprüche der an Pachtlandbesitz interessierten Kreise der Bevölkerung bisher nicht genügend berücksichtigt hat, zeigte sich ganz besonders bei den öffentlichen Verpachtungen im letzten Jahre. Diese öffentlichen Verpachtungen, die früher, als Angebot und Nachfrage sich annähernd das Gleichgewicht hielten, eine durchaus berechtigte Einrichtung waren, passen nicht in unsere heutigen unnormalen wirtschaftlichen Verhältnisse. In z. T. ganz unüberlegter Weise wurden bei den Verpachtungen einzelne Gebote hoch getrieben von Leuten, die unter allen Umständen das betr. Stück Land haben wollten. Oftmals stellte sich bei den Verpachtungen heraus, daß die Bietenden über das neue Verfahren über die Errechnung des Pachtpreises nach dem Roggen Roggenpreis garnicht genau orientiert waren. Anders sind auch die hohen Gebote gar nicht zu verstehen, bei denen sich jetzt ein Pachtpreis für den Quadratmeter Land von 15 Mark und z. T. noch höher, ergibt. Um diese ganze Pachtingelegenheit mit der zuständigen Behörde gemeinsam in vernünftiger Weise zu regeln, hatten die oben genannten Vereinigungen gleich nach den Verpachtungen vom 29. bzw. 30. August 1922 eine Eingabe an Senat, Bürgerschaft und Finanzbehörde gemacht und um diesbezügliche Verhandlungen mit ihren Vertretern nachgesucht. Diesem Ersuchen wurde leider nicht stattgegeben. Ein nochmaliges Ersuchen an den Senat war ebenfalls erfolglos. Jetzt ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Pachtverträge bereits unterzeichnet werden sollen. Die Pachtpreise in der oben gekennzeichneten Höhe sollen also demnach als feststehend gelten, ohne daß die Finanzbehörde die Organisationsleiter in dieser Angelegenheit gehört hat. Wir glauben aber, daß in der heutigen Zeit eine Behörde alle Ursache hat, jegliche Beunruhigung der Bevölkerung nach Möglichkeit zu vermeiden. Das konnte in dieser Angelegenheit geschehen, an unserm guten Willen hat es nicht gemangelt. Ob derselbe gute Wille auch auf der andern Seite vorhanden ist, darüber müssen wir jetzt die Öffentlichkeit urteilen lassen.

Alfons Behold.

Von Hans Brodmann.

Wenn irgend ein Mensch Not, Elend, Qual, Hunger, die ganze Entschiedenheit eines freud- und schmerzlosen Daseins bis zur Pein ausgekostet hat, so war es Alfons Behold. Aber keiner hat trotz allem dunkleren schweren Leid so nach den lichten Höhen des Lebens gestrebt wie er. Mit Behold hat nicht nur das Proletariat einen seiner besten Söhne verloren, an Behold verliert die ganze geistige Welt einen stillen, innigen, wech- und lehrerfüllten Dichter. Behold, der seinen Vater im mittelalterlichen Zwang eines Strohhauses verkommen sah, dessen Mutter vor seinen Augen an Hunger und Entbehrung starb, rang all die Jahre seines qualvollen Daseins wie ein Verzweifelter, um nicht zu viel häßliches aus diesem Leben mit hinüberzunehmen. Den Reim zu seinem frühen Tode legte folgendes Erlebnis: Kaum aus der Schule entlassen, heißt es: Geld verdienen! Behold schloß sich als Bergarbeiter, Straßenfeger, Aufwäher, Fabrikarbeiter, Hausdiener, Laufbursche usw. durchs Leben. Eines Tages erkrankt er an einem Augenleiden. Etwas erholt, nicht geheilt, will er nach kurzer Zeit seine Stelle als Hausbursche wieder antreten. Er glaubt sich für seine Krankheit entschuldigen zu müssen. Demütigt steht er vor dem Geschäftsführer. Kaum und groß führt ihn dieser an: „Faulenzer können wir nicht brauchen. Hier ist Ihr Arbeitsbuch und der Lohn für die acht Tage der Kündigung. Sie können sofort gehen.“

Eine fruchtlose Zeit hebt an. Arbeitslosigkeit, Hunger, Not, das sind die Folgen der Dichtung. Diese Zeit wird aber auch die Ursache zu dem Seiden, das Behold jetzt hinweggerafft hat. Lungentuberkulose! Der Mensch, der die meiste Zeit seines Lebens klagend zutreiben mußte, der sich das Hirn blutig geschunden hat, um aus dem Elend seiner Arbeit Frau und Kind zu ernähren, was zu können, um einen Grippeanfall zu überwinden. Und doch dachte dieser stille Dichter immer mehr an das Leben seiner Mitmenschen als an das seine. Als er vor zirka zwei Jahren wieder schwer erkrankt war, schrieb er mir aus dem Krankenhaus folgende Zeilen: „Wäre mir die Dichtkunst nicht Arbeit um Liebe Brot geworden, könnte ich noch meine Arme rüchtig rühren, ich würde nicht viele Zeilen mehr schreiben. Was nun meine Krankheit betrifft, so habe ich in der Heilanstalt unergiebiglich mehr Leid gesehen. Mir schienen die Wände oft von den Schmerzen ihrer Bewohner gesättigt, und oft glaubte ich, sie müßten zu schreien beginnen.“

In dieser Zeit erwartete Behold bei seiner Rückkehr wieder einmal größtes Leid. Wieder stand das Gespenst des Hungers vor seinen Augen, verzweifelt denkt er an Weib und Kind. Aber es gelang damals, einmal einen hellen Sonnenstrahl in sein armseliges Leben zu schicken. Auf einen Anruf fanden sich hilfsbereite Menschen, die die schlimmste Not verminderten. Der Wirt, Rechtsanwält Dr. Licht schuf ihm ein Heim, Freunde rich-

teten ihm eine Buchhandlung ein, die er mit Liebe und Hingabe führte. Das Elend ist ihm trotzdem treu geblieben, und doch rang Behold sich zu dem vorläufigen Evangelium durch: „Suche in jedem noch so häßlichen Dinge die Liebe, die Schönheit und die Güte.“ Immer war sein Herz voller Sehnsucht, voller Hoffnungen. Es klingt beinahe unfaßbar, daß dieser Mensch aus tiefer Seele hoffend sagte:

„Einmal werden sich die Tage ändern,
Leuchtend werden, wie ein Baum im Frühling;
Gott wird stehen an allen Straßenecken
Und aus jedem Herzen Güte schürfen.
In den Häusern werden alle Dinge
Wesen sein, die mit heiserer Stimme
Zeise zu den frohen Menschen sprechen:
„Welche Gnade, daß wir leben dürfen!“

Kerker aus der Gruppe der Arbeiterdichter war so berufen wie Behold, die Note und Leiden des Proletariats in höchster Form zu zeigen. Den Willen der Arbeiterklasse, die höchsten Gipfel geistiger und seelischer Kultur zu erringen, hat Behold in seinen Büchern „Das rauhe Leben“ und „Von einer Straße“ ein bleibendes Denkmal gesetzt. Aus seinen Gedichtbänden „Volk, mein Volk“, „Der heilige Krieg“ „Ungewöhnliche Gesänge um seine leidenden Brüder. Tiefe Gottgläubigkeit und innere Hingabe tönt aus seinen beiden letzten Büchern „Einkehr“ und „An Gott“. „Trotz alledem“ „Heimat, Welt“, „Aus der Werkstatt des Bedenkenden“ werden der Arbeiterklasse auf dem Wege „Aufwärts — vorwärts!“ Mahner und Führer sein. Zuletzt verfaßte sich Behold noch als Bühnenschriftsteller. Die Innsbrucker Kammerstücke führten mit großem Erfolg sein Goethepiel „Eisenheim“ auf.

Der arme, gequälte, gemarterte Dichter ruht nun aus. Hingegangen ist der Sänger des Leides, der Schmerzen! Tief neigen wir uns und grüßen das Grab des Menschen, des Dichters Alfons Behold. Ehren wollen wir ihm, indem wir seiner Kinder, seines Weibes, seiner Leidensgenossen gedenken. Es wird eine Ehrenpflicht nicht nur des Proletariats, nein, eine Ehrenpflicht der gesamten Welt Deutschlands und Oesterreichs sein, dafür zu sorgen, daß seine Familie nicht dem Schlimmsten ausgeliefert wird.

Zwei Jugendgedichte von Hermann Göns.

Hymnus.

Sarkofage, Plasterstein,
Fulverstein, Kommandofürst,
Kates Blut und Klaves Klav,
Oben Blut und unten Blut.

Blut und Pulver, wenn auch Deutsche,
Warum wagt ihr nicht die Peitsche,
Warum denn kein trocknes Brot?
Schlagt sie tot!

Millionen in der Hand:
„Kaiser, Gott und Vaterland!“
Ist nun einmal so die Welt,
Da der Hunger hier das Geld;
Warum seid ihr solche Sünder,
Warum habt ihr soviel Kinder?
Was, noch Schmalz auf euer Brot?
Schlagt sie tot!

Aus den Reigen kommt es zu:
Voller Magen, weiße Kuh;
Eure Mädchen sind uns recht,
Wir sind Herr, und ihr seid Knecht!
Sagt sie herbei, laßt sie hungern,
Kastet auf der Straße lauern,
Werden toll sie dann aus Not —
Schlagt sie tot!

Schmerzfest.

Du bist, Los, zum Schmerzfest,
Nacht mir rein das alte Netz,
Sagt uns legen, schüren, kehren,
Übergläubten, Unmenschen,
Korruptelle: — Spinnweben,
Die in allen Eden flehen,
Voller Staub das alte Haus,
Heute muß der Staub heraus.

Schlagt die Augenlieder ein!
Zwei soll unsre Aussicht sein.
Alle Bilder — schnell verbrannt,
Fort mit all dem Ahnentand.
Keine Zimmer, keine Fenster,
Sind kein Heim für Nachtgespenster,
Auf die Türen! — schwarzer Zug
Weht hinaus den Janberipul.

Sie in diesem alten Schrank
Draußen, klink und klink,
Treffen, Degen, Welschschreiben —
Soll das Zeug im Hause bleiben?
Schmeißt den Trübel in die Gasse,
Schluß macht mit der Korrensposse —
Wie das glück, gleicht und blinkt
Und nach Kopf und Grünpan klink.

